

06.04.2012

1,2 Millionen Euro gespart - Dennoch summiert sich das Defizit für das Jahr 2012 auf 23,2 Millionen Euro

»Mindereinnahmen zur Hälfte ausgeglichen«



Die Osterwünsche der DG-Regierung. Zeichnung: Robert Maaswinkel

Von Nathalie Wimmer

Die Finanz- und Schuldenkrise zwingt auch die DG-Regierung dazu, den Gürtel enger zu schnallen. Das ist nicht neu. Lange hat die Ministerriege an den Sparmaßnahmen getüftelt, die in den Anpassungshaushalt 2012 einfließen sollen. Ein ausgeglichener Haushalt im Jahr 2015 und die Schuldenbremse bleiben erklärte Ziele.

Mit dem erarbeiteten und verabschiedeten Fahrplan soll beides Wirklichkeit werden, hieß es bei dem monatlichen Pressegespräch am Mittwoch. »Die Mindereinnahmen konnten zur Hälfte durch Sparmaßnahmen ausgeglichen werden«, erklärte Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) gleich eingangs. 2,4 Millionen Euro weniger Einnahmen sind eine unumstößliche Realität. Der Föderalstaat hat bspw. den von der DG zu zahlenden Verantwortlichkeitsbeitrags von 140000 auf 500000 Euro erhöht. Durch Sparmaßnahmen - in Höhe von 1,2 Mio. Euro (bzw. 1,7 Mio., wenn der Verantwortlichkeitsbetrag dazugerechnet wird) - wird nun nachjustiert. Die Planungen erstrecken sich dabei über mehrere Jahre.

Gemeinden

Der Rotstift dürfte bei den Betroffenen für Ärger und Unverständnis sorgen. Dessen ist sich auch Lambertz bewusst, wenn er beispielsweise an die Kommunen denkt. Die Gemeindedotation soll laut Regierungsplänen nämlich in den Jahren 2013 und 2014 nur um die Inflationsrate erhöht werden. Das eine Prozent, das zusätzlich per Dekret vorgesehen wird, bleibt aus. »Ich kann mir vorstellen, dass das nicht auf Begeisterung stößt, aber es ist durchaus zumutbar. Die DG hat, seit sie diese Zuständigkeit ausübt, 2,1 Millionen Euro mehr an die Gemeinden ausgezahlt, als sie selber von der Wallonischen Region zu diesem Zweck erhalten hat. Die Gemeinden brauchen sich also nicht über das Ausbleiben der zwei Prozent zu beschweren, haben sie doch bisher immer mehr bekommen«, so Lambertz. Im eigentlichen Sinne dürfe hier auch gar nicht von einer Sparmaßnahme, sondern eher von einer Korrektur des Einnahmen-Ausgaben-Verhältnisses die Rede sein. Als richtige Sparmaßnahme gilt allerdings die Senkung der Funktionskosten, überall dort, wo keine bereits eingegangenen

Verpflichtungen bestehen. Um zehn Prozent wird hier im Jahr 2012 reduziert - danach werden die Ausgaben bis ins Jahr 2015 auf gleichbleibendem Niveau gehalten. Auch bei den Geschäftsführungsverträgen hat die Regierung Sparpotenzial ausgemacht. Nicht zu vergessen die zwei Prozent, die bei den eigenen Ministergehältern auf zeitlich unbegrenzte Zeit wegfallen.

Für viel Unmut und Gesprächsstoff mit den Gewerkschaften sorgten die Kürzungen und Umstrukturierungen im öffentlichen Dienst. »Die Verhandlungen laufen noch. Es hat viele konstruktive Gespräche gegeben, mit dem Ziel, den sozialen Frieden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufrecht zu erhalten«, erklärte Oliver Paasch (ProDG). Ganz konkret wollte er wegen der andauernden Gespräche mit den Gewerkschaften nicht werden, er verriet nur so viel: »Das System der Annalen und Biennalen wird beibehalten. Statt dessen wird das Baremensystem angepasst. Lehrer und Beamte müssen dadurch nur Einsparungen von sechs Prozent brutto statt acht Prozent brutto hinnehmen.« Das bisher gehandhabte System der kumulierbaren Krankheitstage soll außerdem komplett reformiert werden. Die Anzahl der Tage, die sich jeder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gutschreiben lassen kann, soll nach dem Beispiel der Französischen Gemeinschaft zukünftig begrenzt werden. »Die Beamten stehen dadurch weiterhin besser da als andere Berufsgruppen. Allerdings auch ganz klar schlechter als bisher«, so Oliver Paasch. Trotz all dieser Sparmaßnahmen summiert sich das Defizit für das Jahr 2012 auf 23,2 Millionen Euro. Im Ursprungshaushalt lag man bei 22 Millionen Euro. »Seit der Wirtschaftskrise war der Haushalt nicht mehr ausgeglichen. Das gilt nicht nur für unsere Gemeinschaft, sondern für ganz Belgien. Durch die heute angestoßenen Maßnahmen, die auch in den nächsten Jahren greifen, wird der Haushalt 2015 wieder im Gleichgewicht sein«, ist Isabelle Weykmans (PFF) überzeugt.

Infrastruktur

Sie wehrt sich auch gegen Kritiker, die behaupten, man könne sparen, wenn Infrastrukturprojekte wie der Umbau des Heidbergklosters nicht realisiert würden. Lambertz schlägt in die gleiche Kerbe: »Es gibt immer ein paar Superschlaue, die behaupten, man könnte sparen, wenn man den Umbau des Sanatoriums oder des Heidbergklosters stoppen würde. Dadurch würde allerdings kein einziger Cent eingespart. Jede andere Lösung wäre sogar teurer geworden.« Insgesamt werde ein Paradigmenwechsel im Infrastrukturbereich angestrebt. Das Thema Energieeffizienz solle dabei in Zukunft weiter in den Fokus rücken. Die Regierung scheint ihre grüne Ader entdeckt zu haben, denn sie sieht auch hier zukünftiges Sparpotenzial.